



Partnerschaftliche Kommunikation

<i>Einbringer/in</i> Katja Wolter, Marco Wandrey	<i>Datum</i> 16.05.2024
---	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Bürgerschaft (BS)	<i>Beschlussfassung</i> Beschlussfassung	<i>Sitzungsdatum</i> 27.05.2024	<i>Beratung</i> Ö
--	---	------------------------------------	----------------------

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert den Oberbürgermeister dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die Ämter der Stadt Greifswald zukünftig in der schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern eine freundlichere und auf Unterstützung fokussierende Ausdrucksweise verwenden. Ziel ist es, eine bürgerorientierte, verständliche und zugängliche Verwaltung zu fördern, die das Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner in den Mittelpunkt stellt und zur positiven Wahrnehmung der Stadtverwaltung beiträgt.

Sachdarstellung

Die Art und Weise, wie die Stadtverwaltung mit ihren Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert, ist ein direkter Ausdruck ihrer Werte und ihres Engagements für die Gemeinschaft. Eine freundliche, verständliche und einladende Kommunikation kann wesentlich dazu beitragen, das Verhältnis zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Die Umsetzung dieses Beschlusses erfordert eine kompakte Schulung der Mitarbeitenden und Überarbeitung der Schreiben sowie eine Anpassung der bestehenden Kommunikationsrichtlinien und -praktiken. Die Verwaltung wird angehalten, bei der Formulierung von Schreiben auf eine klare, positive und einladende Sprache zu achten und wo möglich, komplizierte Fachterminologie durch allgemeinverständliche Formulierungen zu ersetzen. **Dem Argument, der Mehrarbeit durch diese Maßnahmen, sei zu entgegen, dass die Aussage der Veraltungsmitarbeiterinnen ist, dass sie Standardtexte hätten und diese nutzen, da es rechtsicher sein muss. Damit wäre es möglich die Standardtexte und Bausteine in eine bürgerfreundliche und dennoch rechtskonforme Schreibweise zu überarbeiten, so dass die Verwaltung dann zukünftig die bürgerfreundlichen Standardtexte nutzt. Hier muss Greifswald das Rad auch nicht neu erfinden, denn es gibt bereits andere Kommunen, die das umsetzen. So gab zum Beispiel das Bayerische Staatsministerium des Innern den Leitfaden „Freundlich, korrekt und klar – Bürgernahe Sprache in der Verwaltung“ heraus (siehe Anlage 1) und auch die Landeshauptstadt Wiesbaden zusammen mit der Gesellschaft für deutsche Sprache veröffentlichte „Leitsätze für eine bürgerfreundliche Verwaltungssprache“ (siehe Anlage 2).**

In der Folge können Kosten gespart werden, denn freundlichere Schreiben sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger nicht wütend zurückrufen oder ebenso schlechte Schreiben aufsetzen. Damit könnten Prozesse zeitlich verkürzt werden und Vorhaben umgesetzt werden.

Diese Initiative soll als Teil eines größeren Bestrebens gesehen werden, die Verwaltung der Stadt Greifswald noch bürgerfreundlicher und serviceorientierter zu gestalten. Durch die Annahme dieser Beschlussvorlage bekräftigen wir unser Engagement für eine offene, transparente und bürgernahe Verwaltung.

Anmerkung zur neuen Version: Der zweite Absatz der Sachdarstellung ist entfallen, der vormals dritte (nun zweite) Absatz wurde ergänzt.

Finanzielle Auswirkungen

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen (Ja oder Nein)?	HHJahr
Ergebnishaushalt	Nein	
Finanzhaushalt	Nein	

	Teil- haushalt	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Bezeichnung	Betrag in €
1				

	HHJahr	Planansatz HHJahr in €	gebunden in €	Über-/ Unterdeckung nach Finanzierung in €
1				

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto Deckungsvorschlag	Deckungsmittel in €
1			

Folgekosten (Ja oder Nein)?

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Planansatz in €	Jährliche Folgekosten für	Betrag in €
1					

Auswirkungen auf den Klimaschutz

Ja, positiv	Ja, negativ	Nein
		X

Begründung:

Die Umstellung auf eine freundlichere Kommunikation hat keine direkten Auswirkungen auf den Klimaschutz, trägt jedoch indirekt zu einer positiveren und engagierteren Gemeinschaft bei, die auch in anderen Bereichen, wie der lokalen Nachhaltigkeitspolitik, kooperativer agieren könnte.

Anlage/n

- 1 Anlage 1_Bayerisches Staatsministerium des Innern_ürgernahe Sprache der Verwaltung öffentlich

